

# INFORMATIONEN

## zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1978 – September

### 1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In den letzten Wochen haben sich die Stimmen gemehrt, die mit einer bevorstehenden Besserung der konjunkturellen Lage in der Bundesrepublik rechnen. Diese Hoffnungen finden jedoch in den bis zum Abschluß des Berichts vorliegenden Daten kaum eine reale Grundlage.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich im Gegenteil im ersten Halbjahr 1978 weiter verlangsamt. Das Bruttosozialprodukt nahm real nur noch mit einer Rate von 1,5 bis 2 Prozent zu. Die Industrieproduktion stagnierte und lag im Durchschnitt der ersten sechs Monate des Jahres nur noch auf Vorjahreshöhe. Ebenso deuten auch die Auftragseingänge auf keine Änderung der durch depressive Erscheinungen bestimmten Wirtschaftslage hin.

Einzig die Entwicklung in der Bauwirtschaft ist positiv zu beurteilen. Vor allem der Wohnungsbau und die öffentlichen Investitionen expandieren rasch und bewirken eine kräftige Belohnung von Aufträgen und Bauproduktion. Das nutzte die Bauwirtschaft sofort zu kräftigen Preisanhebungen, die eine weitere stetige Aufwärtsentwicklung stören müssen und den Finanzierungsspielraum der Auftraggeber, vor allem der öffentlichen Haushalte, einengen. Außerdem hat sich in den letzten Monaten das Zinsniveau stabilisiert, die Zinsen sind erstmals seit langer Zeit wieder etwas angestiegen. Vor allem beim Wohnungsbau haben die billigen Kredite die Bautätigkeit begünstigt.

Doch auch bei anhaltend günstiger Baukonjunktur ist nicht damit zu rechnen, daß diese einen deutlichen konjunkturellen Aufschwung der Gesamtwirtschaft auslösen kann. Einmal ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft heute wesentlich geringer als vor dem Ausbruch der Krise am Anfang der siebziger Jahre. Außerdem stehen den positiven Effekten der Bauaufträge Verlangsamungstendenzen in der Automobilindustrie gegenüber, während die meisten anderen Branchen wenig Veränderungen zeigen.

Die teilweise etwas optimistischere Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten hängt auch mit der Stimmung zusammen, die während und nach dem „Weltwirtschaftsgipfel“ der führenden kapitalistischen Industriestaaten in Bonn durch die Massenmedien erzeugt wurde. Inzwischen hat sich allerdings gezeigt, wie wenig ernst die „Wirtschaft“, d. h. die Leitungen der internationalen Konzerne und der Finanzinstitutionen, die „Absichtserklärungen“ der Politiker nehmen, die von der Wirtschaftspresse teil-

weise schon als realer Schritt zur Besserung begrüßt worden waren.

Nur wenige Wochen nach Abschluß der Konferenz begann eine neue Spekulationswelle gegen den Dollar, der dessen Kurs auf einen neuen Tiefststand deutlich unter 2 DM brachte. Im Gegensatz zu den Kommentatoren der Wirtschaftspresse zählen für die Besitzer von Kapital harte ökonomische Tatsachen mehr als „Absichten“ von Regierungen, zu deren wirksamer Durchsetzung diesen unter kapitalistischen Bedingungen die Instrumente fehlen.

Tatsache ist aber, daß sich die Ungleichgewichte im Welthandel zwischen den USA einerseits und der Bundesrepublik und Japan andererseits im letzten halben Jahr eher noch vergrößert haben. Gleichzeitig beschleunigt sich in den USA die Inflation bei deutlichen Tendenzen zur Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums.

Im Gefolge des „Weltwirtschaftsgipfels“ legte die Bundesregierung am 28. Juli ein neues wirtschaftspolitisches Maßnahmenpaket vor, dem sie den irreführenden Namen „Konjunkturprogramm“ gab. Dieses Programm hat auf die aktuelle wirtschaftliche Situation keinen direkten Einfluß, weil die Maßnahmen dafür sowohl von ihrer Terminierung als auch von ihren Inhalten her nicht geeignet sind.

Während von den die Massenkauftkraft berührenden steuerlichen Veränderungen deshalb kein nennenswerter positiver Einfluß ausgeht wird, weil sie vor allem die oberen Einkommensschichten mit einer niedrigen Konsumneigung begünstigen, ist die Wirkung der steuerlichen Entlastungen für die Unternehmen konjunkturell eher ungünstig zu bewerten. Es besteht die Gefahr, daß der damit verbundene Verlust an Finanzmasse besonders in den Gemeinden zu Kürzungen bei den Staatsausgaben führt. Damit würde vor allem die Baukonjunktur wieder gefährdet werden.

So ist das Programm in Wirklichkeit ein weiterer Schritt in der Umverteilungsstrategie zugunsten der Gewinne, wobei sogar in Kauf genommen wird, daß die Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung eher ungünstig sein können. An diesem unternehmerfreundlichen Charakter des Gesamtprogramms können auch die wenigen sozialen Korrekturen beim Kindergeld und beim Mutterschutz nichts ändern. Denn der Kurs des Programms auf Senkung der Unternehmensbe-

steuerung setzt die öffentlichen Haushalte unter einen finanziellen Konsolidierungsdruck, der an anderen Stellen zu Einsparungen und zusätzlichen Belastungen der Bürger führt.

Das Programm ist so in keiner Weise geeignet, der Konjunktur über eine wirksame Steigerung der Gesamtnachfrage den notwendigen Impuls zu geben. Im Gegensatz zu den Forderungen der Gewerkschaften, fortschrittlicher Wirtschaftswissenschaftler, aber auch teilweise des bürgerlichen „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW) nach einer kräftigen Belebung der Nachfrage wird damit der wirtschaftspolitische Kurs der direkten Gewinnbegünstigung weiter verfolgt.

#### INHALT:

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft im Sommer 1978
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenhandel
- 1.6 Auslandsinvestitionen

#### 2 Unternehmergewinne und Konzentration

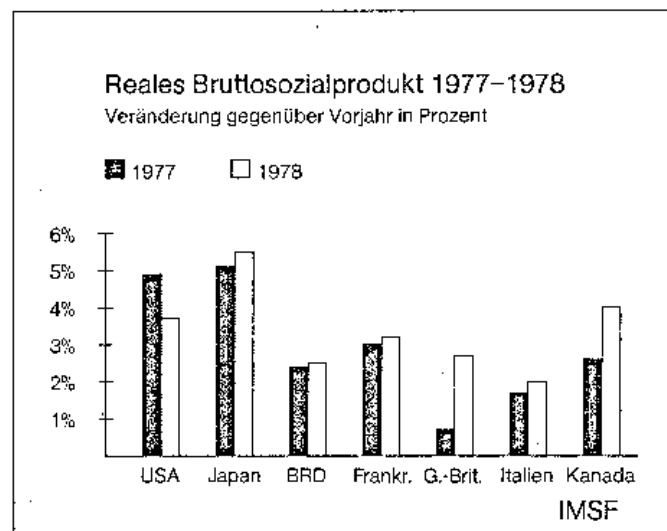
- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Einkommen sozialer Gruppen
- 3.3 Steuern
- 3.4 Preise
- 3.5 Streikentwicklung seit 1970
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

## 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft im Sommer 1978\*

Nach den Berechnungen der OECD, einer Organisation der kapitalistischen Industrieländer, wird sich in der Gesamtheit der großen kapitalistischen Länder das Expansionstempo des Bruttosozialproduktes zu konstanten Preisen von vier Prozent 1977 auf 3,5 Prozent 1978 verlangsamen. Im Vergleich mit dem Vorjahr wird sich aber der Unterschied in den Wachstumsraten dieser sieben Länder verringern: In den USA dürfte sich die Wachstumsrate abschwächen, in den anderen Ländern hingegen leicht verstärken – wie aus der Abbildung ersichtlich ist.



Angesichts der enttäuschenden Entwicklung der Industrieproduktion im ersten Halbjahr dieses Jahres ist es zweifelhaft, ob diese Prognose der OECD für Kanada, Frankreich und Großbritannien zutreffen wird. Im allgemeinen sehen die Perspektiven der OECD für 1979 eher pessimistisch aus: Es wird eine weitere Abflachung der Konjunktur prognostiziert.

### Veränderung der Industrieproduktion 1976 bis 1978 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1976	Jahr	1977 <sup>1</sup>	4. Vj.	1. Vj.	1978 <sup>1</sup>	2. Vj. <sup>2</sup>
USA	+ 10,2	+ 5,6	+ 5,8	+ 5,9	+ 4,5	+ 4,5	
Japan	+ 13,6	+ 4,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 4,1	+ 5,8	
BRD	+ 6,9	+ 3,0	+ 0,9	+ 1,8	0,0	+ 0,9	
Frankreich	+ 8,7	+ 1,6	0,0	- 0,8	- 1,6	+ 3,0	
Großbritannien	+ 1,1	+ 1,9	0,0	- 0,9	- 0,9	+ 1,5	
Italien	+ 12,5	- 0,2	- 2,2	- 7,3	- 5,5	+ 0,1	
Kanada	+ 5,1	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,3	+ 1,5	+ 2,5	

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre  
2 Vorläufige Zahlen  
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, August 1978)

Es ist nicht einfach, eine klare Antwort auf die Frage zu geben, ob sich etwa Grundsätzliches in den Wachstumsmechanismen der hochentwickelten kapitalistischen Länder im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren verändert hat. Ein namhafter bürgerlicher Wachstumsexperte, Angus Maddison, vertritt die These, daß wir uns in einer neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung befinden: „Auf der Basis der Produktionszahlen könnte man behaupten, daß die ersten drei Jahre dieses Jahrzehntes einfach eine Fortsetzung des langfristigen Produktions- und Produktivitätstrends der beiden vorangegangenen Jahrzehnte ist und daß es verfrüht ist, zu dem Schluß zu kommen, diese Trends seien grundsätzlich unterbrochen worden. Andererseits hat sich die Rezession von 1974–1975 in allen Ländern bemerkbar gemacht, der Wiederaufstieg geht langsam und unsicher voran und die derzeitige Unterbrechung der Dynamik ist die bei weitem bedeutendste, die der Wachstumsprozeß nach dem Kriege erfahren hat. Obwohl die Wirtschaftsrezession das dramatischste Signal der Veränderung war, gibt es tiefere Gründe, die dafür sprechen, daß wir wahrscheinlich

in einem anderen Zeitalter als dem der fünfziger und sechziger Jahre leben. Unter den Gründen, aus denen man die siebziger Jahre als eine neue Phase betrachten kann, sind hervorzuheben: die Entwicklung der Produktion und der Preise, die Veränderungen in der internationalen Währungsordnung, die Revision der Politik der globalen Steuerung durch die Regierungen, die veränderten Erwartungen am Arbeitsmarkt und die neuen Verschiebungen in der Wirtschaftsmacht auf internationaler Ebene. Heute verhält sich die Wirtschaftsordnung anders und stellt neue ernste Probleme an die Wirtschaftspolitik, die diese nicht alle richtig erkannt hat. Heute ist es auch schwieriger geworden, die verschiedenen wirtschaftspolitischen Ziele auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen“ (vgl. Angus Maddison, „Die kapitalistische Entwicklungsphase“, in Quarterly Review der Banca Nazionale del Lavoro, Juni 1977).

In der Tat scheint der Eindruck, daß sich in der kapitalistischen Entwicklung etwas geändert hat, zutreffend. Es liegt nahe, in Anlehnung an die berühmte Definition Eugen Vargas, der die Jahre nach der großen Krise 1929–1933 als eine „Depression besonderer Art“ bezeichnete, die siebziger Jahre als „Stagnationsphase neuen Typs“ zu benennen. Zwei wichtige Phänomene kennzeichnen die Jahre 1971–1977: die Stagnation der Industrieproduktion, die in der Gesamtheit der größten kapitalistischen Länder im Jahresdurchschnitt um weniger als drei Prozent gestiegen ist, und eine Inflationsrate von über sieben Prozent im Durchschnitt, die mehr als doppelt so hoch ist wie die Inflationsrate der sechziger Jahre.

### Veränderung der Lebenshaltungskosten 1976 bis 1978 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1976	Jahr	1977	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	1978	2. Vj. <sup>1</sup>
USA	+ 5,8	+ 6,5	+ 6,6	+ 6,7	+ 6,5	+ 7,5		
Japan	+ 9,3	+ 8,2	+ 8,0	+ 6,4	+ 4,6	+ 3,9		
BRD	+ 4,5	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,1	+ 2,7		
Frankreich	+ 9,6	+ 9,5	+ 9,9	+ 9,2	+ 9,2	+ 9,0		
Großbritannien	+ 16,5	+ 16,0	+ 16,7	+ 14,2	+ 10,9	+ 8,4		
Italien	+ 16,8	+ 19,3	+ 19,8	+ 15,8	+ 13,3	+ 12,4		
Kanada	+ 7,5	+ 8,0	+ 8,4	+ 9,1	+ 8,8	+ 8,9		

1 Vorläufige Zahlen  
(Quelle: „Main Economic Indicators“, August 1978)

Im Gleichschritt mit der Produktionsstagnation hat in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit zugenommen, die heute knapp 17 Millionen arbeitende Menschen im gesamten entwickelten kapitalistischen Raum umfaßt. 1977 und im ersten Halbjahr 1978 hat sich die Zahl der Arbeitslosen nur in den USA wesentlich verringert; mit Ausnahme der BRD ist sie heute in allen anderen großen kapitalistischen Ländern höher als im Krisenjahr 1975. Aber selbst in den USA liegt trotz einer inflationistischen Ankurbelung der Konjunktur in den letzten Jahren die Arbeitslosenquote heute mit 6,2 Prozent viel höher als 1972–1973, wo sie bei 5,2 lag.

### Arbeitslosigkeit 1976 bis 1978 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

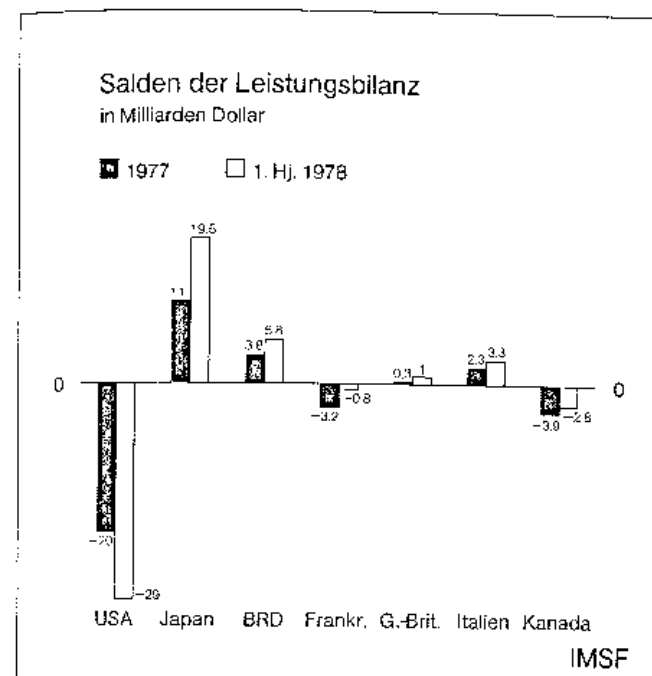
	1976	Jahr	1977 <sup>1</sup>	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	1978 <sup>1</sup>	2. Vj. <sup>2</sup>
USA	7 288	6 856	6 736	6 554	6 155	5 960		
Japan	2 160	2 200	2 300	2 250	2 300	2 550		
BRD	1 060	1 030	1 054	1 032	1 009	995		
Frankreich	933	1 073	1 149	1 073	1 055	1 120		
Großbritannien	1 270	1 378	1 415	1 428	1 409	1 380		
Italien	1 350	1 545	1 620	1 685	1 700	1 720		
Kanada	736	862	878	900	910	950		
Zusammen	14 797	14 944	15 152	14 922	14 538	14 675		

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre.  
2 Vorläufige Zahlen.  
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, August 1978)

Im allgemeinen hat sich der Preisauftrieb im ersten Halbjahr 1978 verlangsamt: Insgesamt sind die Verbraucherpreise um 6,4 Prozent gestiegen, gegenüber einer Zunahme von 7,5 Prozent im Jahre 1977. Die niedrigste Rate weisen heute die BRD und Japan auf, die auch von dem günstigen Einfluß, die die Aufwertung ihrer Währung auf die Einfuhrpreise hatte, profitieren. Dagegen hat sich die Teuerungsrate in Nordamerika verstärkt. Für die nächsten Monate sind die Perspektiven unsicher: Die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Industrieroh-

stoffe, die zwischen März und Dezember 1977 ununterbrochen gefallen waren, zeigen wieder eine steigende Tendenz, die laut halbamtlichen Prognosen auch in den nächsten Monaten und im ersten Halbjahr 1979 anhalten dürfte.

In der ersten Hälfte dieses Jahres hat sich das Ungleichgewicht in der außenwirtschaftlichen Position zwischen den USA einerseits und den anderen größten kapitalistischen Ländern andererseits noch vergrößert. Nach Berechnungen der OECD dürfte sich die Leistungsbilanz der USA im ersten Halbjahr saisonbereinigt auf Jahresbasis auf 29 Milliarden Dollar verschlechtert haben, gegenüber 20,2 im Jahre 1977. Alle anderen Länder haben entweder ihren Aktivsaldo verbessert oder ihr Defizit abgebaut; der Leistungsbilanzüberschuß Japans ist sogar von 11 auf 19,5 Milliarden gestiegen.



In den ersten Monaten des Jahres ist der Wechselkurs des Dollars gegenüber dem Yen, dem Schweizer Franken und der DM weiter gefallen. Im April und Mai hat der Dollar einen Teil der Verluste wieder wettgemacht, aber im Juni und Juli ist die US-Währung erneut unter Druck geraten und erreichte im August einen neuen Tiefststand. Der Wechselkurs des Dollars bleibt labil: seine Entwicklung hat die herrschende Meinung in Frage gestellt, wonach die Wechselkursveränderungen grundsätzlich von der tatsächlichen und auf absehbare Zeit zu erwartenden Entwicklung der Handelsbilanz und dem Lohnkosten- und Preisgefälle zwischen den einzelnen Ländern abhängt. Tatsache bleibt, daß 1977 und 1978 außer dem US-Dollar auch der Wechselkurs des kanadischen Dollars beträchtlich gefallen ist, obwohl die Handelsbilanz Kanadas eine ständige Verbesserung ihrer Überschuldpension verzeichnete, während sich der Schweizer Franken trotz der Verschlechterung des Warenaustausches der Schweiz stark aufgewertet hat. Im Preis- und Lohnkostenvergleich blieb im Berichtszeitraum das Gefälle zugunsten der USA gegenüber allen wichtigen Ländern mit Ausnahme der BRD bestehen.

## 1.2 Sozialprodukt

Nach bisher vorliegenden Daten lag die Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes als zentraler Indikator des Wirtschaftswachstums im ersten Halbjahr 1978 bei etwa 1,5–2 Prozent. Die Hoffnungen richten sich nun auf eine Belebung im zweiten Halbjahr. Nur dann wird eine Wachstumsrate von 2,5 Prozent im Jahresdurchschnitt – ursprünglich war mit 3,5 Prozent gerechnet worden – noch erreicht werden können. Einige Institute – so das „Institut der Deutschen Wirtschaft“ (IW) der Unternehmer – halten selbst die regierungsamtlichen Erwartungen von 2,5 Prozent für zu optimistisch.

Trotz der erwiesenen Untauglichkeit globaler Wachstumsprognosen auf der Grundlage der herrschenden ökonomischen Lehrmeinungen werden schon jetzt Prognosen für 1979 gehandelt: das Bundeswirt-

schaftsministerium rechnet mit einem realen Wachstum zwischen 3 und 4 Prozent und glaubt sogar, schon jetzt die Auswirkungen der nach dem „Weltwirtschaftsgipfel“ der führenden kapitalistischen Länder in Bonn beschlossenen Konjunkturmaßnahmen auf das Wirtschaftswachstum beziffern zu können. Solche Prognosen entbehren aber jeglicher sachlicher Grundlage und müssen als bloße Wunschvorstellungen bezeichnet werden. Immerhin ist bemerkenswert, daß selbst ein nach diesen Wünschen verlaufendes Wirtschaftswachstum ohne eine Ausweitung der Beschäftigung erfolgen würde. Da beschäftigungspolitische Maßnahmen auch im neuen „Konjunkturpaket“ nur am Rande enthalten sind, würde selbst bei einer konjunkturellen Belebung das Problem der Arbeitslosigkeit ungelöst bleiben.

## 1.3 Produktion

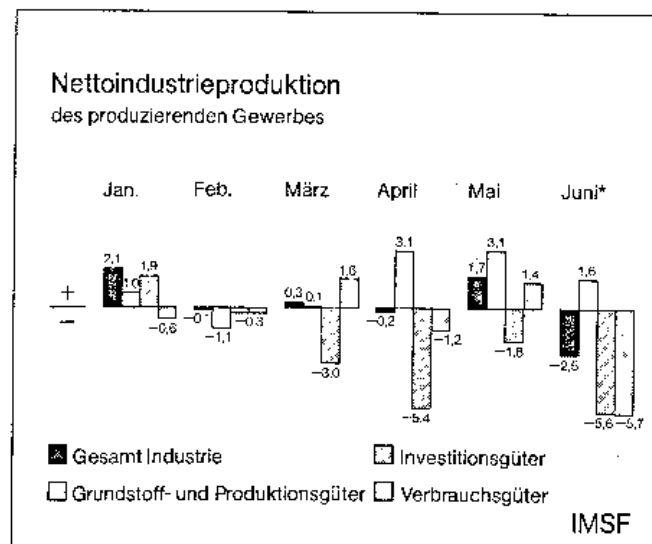
In den letzten Wochen haben sich die Hoffnungen auf eine Belebung der Konjunktur, auf ein Ende der Stagnationsphase in der Bundesrepublik verstärkt. Diese Erwartungen stützen sich im wesentlichen auf verbesserte „Stimmungen“ im Unternehmerlager, wie sie z. B. monatlich vom Münchener Ifo-Institut durch Befragen ermittelt werden. Ob solche „Stimmungsbilder“ als Konjunkturbarometer geeignet sind, muß bezweifelt werden. Die (stillschweigende) ideologische Voraussetzung solcher Prognosen ist nämlich die Annahme einer Gleichläufigkeit von Unternehmerinteressen und Konjunktur: alles was die „Stimmung“ der Unternehmer hebt – so wird angenommen –, belebt auch die Konjunktur. Nun ist unzweifelhaft, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Vergangenheit geeignet sind, die „Stimmung“ der Unternehmer zu heben – wie weiter unten noch gezeigt werden wird, liegt ihr Schwerpunkt bei der Steuerentlastung und Subventionierung der privaten Wirtschaft. Es hat sich jedoch gezeigt, daß unter den gegebenen konjunkturellen Bedingungen solche Maßnahmen kaum Auswirkungen auf die Inlandskonjunktur haben.

Wenn also der Optimismus in bezug auf die Entwicklung der Unternehmerrgewinne vom Standpunkt des Kapitals durchaus berechtigt ist, so entbehrt er in bezug auf die wichtigsten konjunkturellen Faktoren – Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation – einer realen Grundlage in den vorliegenden Daten.

### Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes<sup>1</sup>

	1976	1977	1. HJ. 1978	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni <sup>2</sup>
Insgesamt	+ 6,9	+ 2,9	+ 0,5	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	+ 2,2	- 2,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 10,3	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,9	- 1,1	+ 0,3	+ 3,2	+ 3,2	+ 1,6
Investitionsgüter	+ 7,0	+ 5,5	- 2,4	+ 2,0	- 0,3	- 3,2	- 5,5	- 1,8	- 5,6
Verbrauchsgüter	+ 7,0	+ 4,4	- 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,2	+ 0,4	- 5,7

1 In % gegenüber dem Vorjahr.  
2 Vorläufige Zahlen.  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/1978, S. 65\*)



\*vorläufige Zahlen

\*Dieser Abschnitt wurde von Walter Micheli verfaßt.

Die wichtigste Kennziffer, die Industrieproduktion (in der Abgrenzung der Statistik: produzierendes Gewerbe) weist bis zur Jahresmitte keine Belebung auf. Im Zweimonatszeitraum Mai/Juni blieb die Produktion gegenüber März/April saisonbereinigt unverändert.

Vor allem auf die Entwicklung der Bauwirtschaft und deren Auswirkungen auf andere Industriezweige stützen sich viele konjunkturelle Hoffnungen. Das Bauvolumen wird 1978 voraussichtlich um etwa 4 Prozent

#### Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen<sup>1</sup>

	Jan.	Febr.	März	April	Mai <sup>2</sup>
Produzierendes Gewerbe	+ 2,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 2,3
Eisenschaffende Industrie	+ 9,7	+ 10,3	+ 4,2	+ 13,6	+ 3,6
Chemische Industrie	+ 1,3	+ 2,0	+ 3,6	+ 1,9	+ 6,1
Maschinenbau	+ 1,4	- 3,0	- 1,9	- 4,4	- 0,4
Straßenfahrzeugbau	+ 6,3	+ 3,9	- 6,8	- 11,1	- 1,3
Elektrotechnik	+ 1,8	+ 1,0	- 0,7	- 2,5	- 1,5
EDV-Geräte	+ 35,8	+ 16,7	+ 29,6	+ 20,6	+ 13,1
Textilgewerbe	- 4,9	- 2,0	+ 0,7	+ 0,9	- 2,3
Bekleidungsgewerbe	- 2,3	- 0,6	+ 1,0	- 2,1	- 8,2
Bauhauptgewerbe	+ 10,6	- 8,9	- 2,2	+ 6,0	+ 2,0

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte, lfd.)

zent über dem Vorjahrsniveau liegen, aber immer noch 8 Prozent niedriger als 1972/73. vor Ausbruch der Krise im Baugewerbe. Die Aufträge vor allem in öffentlichen Tiefbau und im Wohnungsbau nehmen rasch zu, so daß weiterhin mit einer expansiven Entwicklung der Bautätigkeit gerechnet werden kann. Allerdings zeichnet sich seit kurzer Zeit ein Ende des Zinsrückgangs ab, der bisher als ein den Wohnungsbau begünstigender Faktor gewirkt hat, es wird mit einem gewissen Wiederanstieg des Zinsniveaus gerechnet. Außerdem wirken zwar Teile des mehrjährigen „Investitionsprogramms“ der Bundesregierung positiv auf die Bautätigkeit. Dem steht aber der durch die neuesten Steuermaßnahmen verengte Finanzierungsspielraum der Gemeinden gegenüber, die die wichtigsten öffentlichen Auftraggeber der Bauwirtschaft sind.

Diese Unsicherheitsmomente setzen der Ausweitung der Baukonjunktur in der Zukunft gewisse Grenzen und lassen es unwahrscheinlich erscheinen, daß von ihr eine gesamtwirtschaftliche Wende ausgehen kann. Zudem muß berücksichtigt werden, daß die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft heute wesentlich geringer ist als früher.

Dagegen hat sich die Produktion im Straßenfahrzeugbau deutlich abgeschwächt, auch die Zulassungszahlen für PKW deuten auf eine Beruhigung hin.

In den übrigen Industriezweigen ist die Situation kaum verändert, Stagnationserscheinungen sind außer in der nach wie vor expandierenden EDV-Industrie vorherrschend. Zu den schwächsten Branchen gehören Kohle, Mineralöl, Textil und Bekleidung und Maschinenbau.

Auch die Daten über die Auftragseingänge der verarbeitenden Industrie lassen keine wesentliche Besserung erkennen. Im Zweimonatsvergleich Mai/Juni 1978 lagen die Aufträge saisonbereinigt um ein Prozent unter dem Stand von März/April dieses Jahres, erst im Juni ist ein leichter Anstieg zu registrieren.

#### Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe<sup>1</sup>

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (2)	Investitions- güter (1)	Verbrauchs- güter (2)
Januar	+ 9,1	+ 7,7	+ 4,3	+ 5,4
Februar	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,9
März	- 3,3	- 4,4	- 7,6	- 7,4
April	+ 6,4	+ 5,0	+ 2,2	+ 1,8
Mai	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,6
Juni <sup>2</sup>	+ 8,6	+ 7,7	+ 8,9	+ 9,2

(1) Zu jeweiligen Preisen  
 (2) Preisbereinigt  
 1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
 2 Vorläufige Zahlen  
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte, lfd.)

Die Auslandsaufträge haben sich in den letzten Monaten etwas langsamer entwickelt als die Inlandsnachfrage, ohne daß es jedoch zu einem Einbruch der Auslandsnachfrage gekommen ist. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das Niveau der Auslandsaufträge noch immer deutlich höher liegt als das der inländischen Aufträge. Der Index der Auftragseingänge lag (saisonbereinigt) im Juni 1978 bei den Auslandsbestellungen bei 203 (1970 = 100), während der Index der Inlandsbestellungen nur 158 erreichte. Die Auslandsaufträge haben sich wertmäßig also seit 1970 etwa verdoppelt, während die Inlandsbestellungen sich nur um knapp 60 Prozent erhöhten.

#### Auftragseingänge nach Herkunft<sup>1</sup>

	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	Grundstoffe u. Produktions- güter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
<b>Inland</b>				
Januar	+ 10,6	+ 4,8	+ 15,0	+ 9,8
Februar	+ 2,1	- 0,7	+ 3,6	+ 2,7
März	- 3,0	- 7,7	+ 0,1	- 2,6
April	+ 8,6	+ 2,1	+ 14,6	+ 7,1
Mai	+ 2,6	- 0,8	+ 8,2	- 2,6
Juni <sup>2</sup>	+ 8,9	+ 5,5	+ 11,5	+ 9,1
<b>Ausland</b>				
Januar	+ 5,9	+ 3,8	+ 6,6	+ 8,4
Februar	+ 0,4	+ 3,0	- 1,6	+ 5,1
März	- 3,7	- 7,1	- 2,5	- 1,5
April	+ 1,9	+ 3,0	+ 0,3	+ 7,5
Mai	+ 0,2	+ 5,7	- 2,7	+ 2,2
Juni <sup>2</sup>	+ 8,1	+ 13,3	+ 5,3	+ 10,5

<sup>1</sup> Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte, lfd.)

Die letzten Monatszahlen werden in der Regel noch mehrfach korrigiert, so daß sich Interpretationen, die sich nur auf die aktuellsten Ziffern stützen, ziemlich spekulativ sein dürften.

Zudem muß immer im Auge behalten werden, daß die Auftragsstatistik überhaupt ungenau ist, oft Doppelzählungen und – vor allem bei Großaufträgen – Willkürlichkeiten in der zeitlichen Abgrenzung enthält. Sie ist daher nur dann als Konjunkturindikator brauchbar, wenn ihre Ziffern ganz deutliche Veränderungen über mehrere Monate hinweg andeuten. Verschiebungen von wenigen Prozent von Monat zu Monat können durchaus rein statistischer Natur sein.

Vor dem Hintergrund dieser methodischen Einschränkungen gesehen, bieten die vorliegenden Ziffern keinen Anlaß, um eine merkliche Änderung der labilen konjunkturellen Situation zu erwarten. Bei Schwankungen von Monat zu Monat hält die Stagnationstendenz an. Die depressive Phase, aus der die Wirtschaft der BRD sich seit dem Ende der zyklischen Krise am Jahreswechsel 1975/76 noch nicht lösen konnte, scheint weiterhin bestimmend zu bleiben.

### 1.4 Investitionen

Die erhoffte und durch öffentliche Programme geförderte Belebung der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit schlägt sich in den bisher vorliegenden Daten für das erste Quartal 1978 noch nicht nieder. Es muß daher dahingestellt bleiben, ob die angekündigte Entwicklung tatsächlich eingetreten ist. Zumindest im Bereich der Bauinvestitionen der öffentlichen Hände deutet die schon dargestellte Entwicklung der Auftragseingänge darauf hin.

Dagegen hat sich die Situation in der privaten Wirtschaft trotz umfangreicher Steuerentlastungen offensichtlich nicht wesentlich geändert. Allerdings liegen für diesen Bereich nur die Ergebnisse der regelmäßigen Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts vor, die mit großen Unsicherheiten behaftet sind. So erwartete das Institut aufgrund der Befragung im Frühjahr 1977 einen realen Anstieg der industriellen Investitionen um 4 Prozent – tatsächlich stagnierten sie in diesem Jahr.

Im Mittelpunkt stehen Investitionen, die mit der Einführung neuer Techniken zusammenhängen. Überdurchschnittliche Zunahmen kündigen die Unternehmen des Straßenfahrzeugbaus und der Büromaschinen- und Datenverarbeitungsindustrie an. Auch im Druckereige-

#### Brutto-Anlageinvestitionen der Industrie

	In Mill. DM <sup>1</sup>	In % gegenüber dem Nominal	Vorjahr Real
1975	34 450	- 1	- 7
1976	36 220	+ 5	+ 2
1977	37 245	+ 3	0
1978	40 225	+ 8	+ 5

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen  
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst Nr. 17/1977 und 17/1978, S. 11 und S. 8)

werbe wird viel investiert. Dagegen wird in den meisten Branchen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und der Grundstoffindustrie kein oder nur ein geringer Investitionsanstieg geplant. Auch im Textil- und Bekleidungsgewerbe ist keine Investitionsausweitung vorgesehen.

Entsprechend den Ergebnissen der Befragung wird der Anteil der Investitionen mit dem Hauptziel „Erweiterung“ niedrig bleiben.

#### Zielsetzung der Investitionen der Industrie<sup>1</sup>

	1975	1976	1977	1978
Kapazitätserweiterung	24	24	26	25
Rationalisierung	50	45	39	39
Ersatzbeschaffung	26	31	35	36

<sup>1</sup> Hauptziele der Investitionen, lt. Umfrageergebnis jeweils vom März/April des Jahres, in % der Gesamtinvestitionen  
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst 17/1978, S. 9)

Rasch ansteigend ist der Anteil der „Ersatzbeschaffungen“. Da auch der „Ersatz“ in der Regel auf einem höheren technologischen Niveau erfolgt, dürften auch sie mit einem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden sein. Der Rationalisierungsdruck hält also unvermindert an. Der Charakter der Investitionstätigkeit wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung von zwei Kennziffern in den letzten Jahren verfolgt: der „Investitionsintensität“, d. h. dem Umfang der industriellen Investitionen je Beschäftigten, und der „Investitionsquote“, die den Anteil der jährlichen Investitionen am Industrieumsatz ausdrückt.

#### Investitionskennziffern der Industrie

	Investitionsintensität <sup>1</sup>	Investitionsquote <sup>2</sup>
1972	4 300	5,9
1973	4 200	5,2
1974	4 230	4,6
1975	4 440	4,6
1976	4 740	4,3
1977	4 935	4,2

<sup>1</sup> Investitionen je Beschäftigten in DM  
<sup>2</sup> Anteil der Investitionen am Umsatz in %  
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst 1974 – 1978, Nr. 17)

Der Rationalisierungseffekt der industriellen Investitionen scheint sich also nicht nur auf den Personalbereich zu beziehen. Offensichtlich sinkt auch langfristig der zur Erzielung eines bestimmten industriellen Umsatzes notwendige Aufwand an Anlagen und Bauten, d. h. es werden nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Sachkapital eingespart. Hier könnte ein Grund für die seit 1971 anhaltende schwache Investitionstätigkeit liegen: Zur Erzielung eines bestimmten Produktionszuwachses reicht auf dem neuen technologischen Niveau ein geringerer Investitionsumfang aus. Verdeutlicht werden kann dieser Zusammenhang am Beispiel der „Mikroprozessoren“: Dieses elektronische Bauelement, das nur wenige Dollar kostet, ersetzt nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Computeranlagen im Werte von mehreren Millionen DM. Zumindest im Bereich „Büromaschinen, Informationstechnik“, in dem die Auswirkungen der neuen Technik am direktesten nachzuweisen sind, treten arbeits- und sachkapitalsparende Effekte deutlich zutage.

Obwohl es sich hier um eine rasch expandierende Industrie handelt, die eine der wenigen Ausnahmen in der depressiven Konjunkturlandschaft darstellt, hat sich das Niveau der Investitionen gegenüber 1970 eher etwas gesenkt, während die Arbeitsproduktivität sich im Zeitraum von 7 Jahren fast verdoppelt hat.

Vor diesem Hintergrund ist eine einseitig auf Verstärkung privater Investitionen ausgerichtete Wirtschaftspolitik nicht nur kurzfristig kon-

#### Entwicklung im Bereich Büromaschinen und Informationstechnik

	1970	1974	1975	1976	1977
Umsatz (Index 1970 = 100)	100	130,4	119,9	130,7	151,3
Produktion (Index 1970 = 100)	100	126,8	106,4	116,0	136,9
Beschäftigte (in 1000)	80	76	67	61	59
Bruttoanlage- investitionen (Mill. DM)	535	450	510	460	500

(Quelle: Handelsblatt v. 28. 3. 1978)

junkturpolitisch, sondern auch langfristig strukturpolitisch unsinnig. Denn wenn die neuen Technologien zumindest im unmittelbaren Produktionsbereich eine Senkung der Investitionsquote erlauben, d. h. wenn sich das Verhältnis von eingesetztem Sachkapital und Produktionsausstoß verbessert, dann erfordert das eine Umstrukturierung der Gesamtnachfrage zugunsten des öffentlichen und privaten Konsums.

### 1.5 Außenhandel

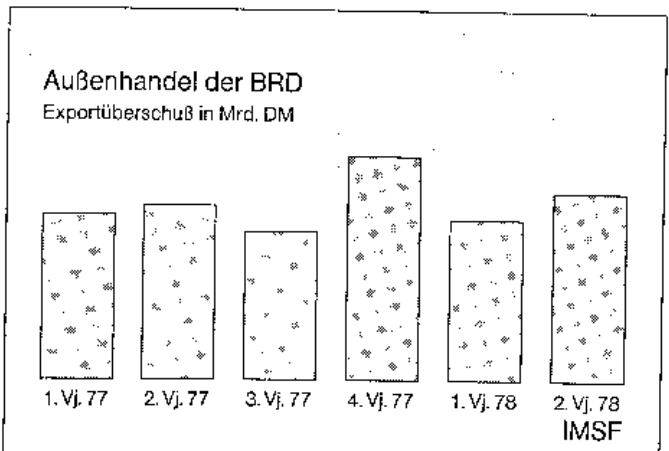
Nach kurzer Ruhe auf den Devisenmärkten begann Anfang August, kurz nach Abschluß des „Weltwirtschaftsgipfels“ der führenden kapitalistischen Industrieländer, ein erneuter Rückgang des Dollarkurses, der Mitte August sogar den Tiefpunkt der letzten Dollarkrise unterschritt: ein Dollar wurde am 15. August 1978 für 1,93 DM gehandelt. Der Kursverfall des Dollar zog auch die meisten anderen Währungen in Mitleidenschaft, mit Ausnahme des Schweizer Franken, des japanischen Yen und der westdeutschen DM. Gleichzeitig stieg auch der Goldpreis an. Diese Entwicklung macht deutlich, wie wenig die „Wirtschaft“, d. h. die Besitzer von Geldkapital, von den „Absichtserklärungen“ des Weltwirtschaftsgipfels halten, in denen Maßnahmen zur Verringerung der internationalen Ungleichgewichte angekündigt worden waren.

Der Außenhandel der Bundesrepublik wurde entgegen allen zweckpessimistischen Meldungen von den Währungsverschiebungen der Vergangenheit kaum berührt.

#### Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	Importe in Mrd. DM	%	Saldo in Mrd. DM	%
1977						
1. Vj.	66,6	+ 10,4	57,7	+ 11,4	+ 8,9	+ 4,7
2. Vj.	67,9	+ 8,1	58,5	+ 6,4	+ 9,4	+ 20,5
3. Vj.	65,3	+ 2,8	57,3	+ 4,0	+ 8,0	- 5,0
4. Vj.	73,6	+ 6,2	61,5	+ 3,4	+ 12,1	+ 22,2
1978						
1. Vj.	67,3	+ 1,1	58,6	+ 1,5	+ 8,7	- 2,2
2. Vj.	72,0	+ 6,0	61,8	+ 5,6	+ 10,2	+ 8,5

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Der Exportüberschuß war im ersten Halbjahr 1978 sogar noch etwas höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Da die Preise im Außenhandel



rückläufig waren, fiel der reale Zuwachs sogar noch höher aus: die Einfuhr stieg real um 9 Prozent, die Ausfuhr um 5 Prozent.

Vor allem der Handel mit den USA, der eigentlich durch Wechselkursverschiebungen am stärksten betroffen war, entwickelte sich dynamisch. In den ersten 5 Monaten von 1978 nahmen die Exporte dorthin um 16 Prozent zu, die Importe dagegen nahmen um fast 6 Prozent ab.

Allerdings hat sich die Entwicklung des Außenhandels 1978 gegenüber dem 2. Halbjahr 1977 verlangsamt. Dafür war aber die gedämpfte internationale Wirtschaftslage verantwortlich, vor allem die ungünstige konjunkturelle Lage in Westeuropa hat sich bremsend auf die Exporte ausgewirkt. Die Importe der BRD haben sich im gleichen Zeitraum relativ stark erhöht, was die Bundesregierung als Beleg ihrer Behauptung anführt, die Bundesrepublik stütze die internationale Konjunktur durch ihre Einfuhren. Die Einfuhrentwicklung ist jedoch vorwiegend auf Rohstoffe und Ernährungsgüter beschränkt. Die Importeure haben so die günstige Preissituation genutzt, die sich aus der Abwertung des Dollar und den relativ niedrigen Rohstoffpreisen ergab. Die Einfuhren von Fertigwaren expandierten dagegen nur unterproportional.

Stabilisierend wirkte der Handel mit den sozialistischen Ländern, der stärker zunahm als der gesamte Außenhandel. Die Exporte dorthin erhöhten sich im ersten Halbjahr 1978 um 10 Prozent, die Importe um 12 Prozent.

## 1.6 Auslandsinvestitionen

Während negative Auswirkungen der Dollarabwertung auf den Warenhandel mit den USA ausgeblieben sind, wird der Kapitalexport dadurch stark begünstigt. Denn für westdeutsche Anleger verbilligt jeder Rückgang des Dollarkurses den Kauf amerikanischer Industrieanlagen oder Beteiligungen.

Die Bedeutung von Direktinvestitionen im Ausland für die westdeutschen Kapitalanleger hat sich seit 1973 ruckartig erhöht. Die „Investitionsschwäche“ im Inland ging mit einer verstärkten Orientierung auf Auslandsinvestitionen Hand in Hand.

### Direktinvestitionen im Ausland<sup>1</sup>

	Jährliche Zunahme	Bestand	Auslandsinvestitionen in % der Inlandsinvestitionen Gesamt-wirtschaft	
			Industrie	
1965	1 112	8 317	1,7	3,9
1970	3 495	21 113	3,6	10,1
1971	2 668	23 781	2,4	5,1
1972	2 816	26 597	2,5	3,8
1973	5 638	32 235	4,8	10,4
1974	4 530	36 765	4,1	8,8
1975	5 227	41 992	4,5	12,2
1976	5 056	47 048	4,0	10,8
1977	5 094	52 142	3,7	10,1

<sup>1</sup> In Mill. DM  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 20/78, S. 9)

Die Aussagekraft der Tabelle unterliegt verschiedenen Einschränkungen. Einmal wird der Vergleich von Inlands- und Auslandsinvestitionen durch die Wechselkursverschiebungen verzerrt. Die Auslandsinvestitionen dürften auch in den letzten Jahren real kräftig ausgedehnt worden sein: die Aufwertung der DM unterzeichnet diese Entwicklung in der auf Nominalwerten beruhenden Statistik.

Außerdem verzeichnet die Statistik der Auslandsinvestitionen nur den Teil der Mittel, die über die Grenzen transferiert werden, nicht die reinvestierten Gewinne. Dagegen enthalten die Inlandsinvestitionen sämtliche angelegten Kapitalteile.

Die Regionalstruktur der Kapitalanlagen hat sich trotz der Ausweitung der Investitionstätigkeit kaum verändert. Nur der Anteil der auf die USA entfallenden Kapitalexporte ist kräftig angestiegen. Gegenwärtig ist dort der Bestand an westdeutschen Investitionen höher als in jedem anderen Land.

Die Branchenstruktur der Auslandsinvestitionen unterlag einigen Verschiebungen, die mit der Expansion der BRD-Konzerne in internationale Dimensionen zusammenhängen. Das spiegelt sich vor allem im

### Regionalstruktur der Auslandsinvestitionen<sup>1</sup>

	1967	1973	1977
Industrieländer	71,2	70,1	69,8
darunter:			
Europa	51,4	52,1	47,6
USA	7,8	8,1	12,9
Entwicklungsländer	28,8	29,9	30,2

<sup>1</sup> Bestandswerte, Anteile in %  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 20/78, S. 10)

wachsenden Anteil der Investitionen im Dienstleistungsbereich wider, vor allem im Bankensektor.

Auch der steigende Anteil der Energieinvestitionen zeigt das Bestreben, sich eigenständige Einflusssphären zu sichern.

### Branchenstruktur der Auslandsinvestitionen<sup>1</sup>

	1967	1973	1977
Industrie	80,6	77,5	76,6
darunter:			
Erdöl-Erdgasgewinnung	3,1	2,6	5,0
Chemische Industrie	16,3	19,2	18,0
Straßenfahrzeugbau	11,0	7,1	6,4
Elektrotechnik	10,9	10,9	10,8
Textilindustrie	0,9	1,3	1,3
Dienstleistungen	9,7	20,3	21,2
darunter:			
Banken und Versicherungen	5,3	8,2	10,4

<sup>1</sup> Bestandswerte, Anteile in %  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 20/78, S. 11)

Ein Teil der von den Unternehmern beklagten „Investitionslücke“ in der Bundesrepublik, die für die Konjunkturschwäche verantwortlich gemacht wird, läßt sich also auf die Verstärkung der Auslandsinvestitionen zurückführen. Das gilt vor allem für die Industrie.

## 2. Unternehmerngewinne und Konzentration

### 2.1 Unternehmerngewinne

Trotz der verlangsamen Konjunktur scheinen die Unternehmerngewinne im bisherigen Jahresverlauf wieder rascher gestiegen zu sein. Darauf deuten die – nur mit Einschränkungen aussagekräftigen – Daten über die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ hin, die für 1978 allerdings noch auf Schätzungen beruhen.

### Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen<sup>1</sup>

	1976	1977	1978	1.Hj. 1978	2.Hj. 1978
Brutto	+ 15,6	+ 3,1	+ 7,5	+ 6,5	+ 8,5
Netto	+ 14,7	+ 0,7	+ 10,5	+ 8,5	+ 12,5

<sup>1</sup> Ohne Staat, in Prozent gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 7/78)

Damit nehmen die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ deutlich rascher zu als die Nettolöhne und -gehälter, bei denen eine Zunahme um (sehr optimistische) 7 Prozent geschätzt wird. Dieser Vorsprung soll nach dem Willen von Unternehmern und Bundesregierung in den nächsten Jahren größer werden. Ein „interministerieller Arbeitskreis für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen“ projizierte unlängst bis 1982 für die Selbständigeneinkommen eine jährliche Steigerungsrate von 9 Prozent, während Löhne und Gehälter nur um 6,5 Prozent zunehmen sollen. (Frankfurter Rundschau v. 22. 7. 78)

Erfahrungsgemäß liegt die Steigerungsrate der eigentlichen Unternehmerngewinne noch über derjenigen der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“. Dies zeigt auch eine Vorausschätzung für die Gewinnentwicklung der wichtigsten Konzerne in 1978, wobei Grundlage die Börsenkennziffer „Gewinn je Aktie“ ist. Die abso-

luten Zahlen sind dabei wenig aufschlußreich, da sie stark von der jeweiligen Bilanzpolitik des einzelnen Unternehmens abhängen. Immerhin werden Tendenzen deutlich.

### Gewinn je Aktie<sup>1</sup>

	1977	1978
Daimler	47,3	52,1
VW	67,0	68,0
Hochtief	54,0	55,9
Holzmann	35,9	42,4
BASF	14,9	15,4
Bayer	13,4	14,4
Hoechst	13,9	13,9
AEG	4,5	5,5
Siemens	36,0	37,5
Veba	5,7	10,5
Mannesmann	20,6	22,6
Thyssen	9,1	9,1
GHH	22,9	24,4
Kaufhof	11,9	13,4

<sup>1</sup> In DM  
(Quelle: Handelsblatt vom 20. Juli 1978)

Eine andere Schätzung der BHF-Bank geht von einem durchschnittlichen Gewinnanstieg von rund 10 Prozent in der Industrie aus.

Noch besser als die Industrieunternehmen aber verdienen die Banken, die überhaupt die großen Profiteure von Krise und Depression sind. Im ersten Halbjahr 1978 ergibt sich ein Zuwachs des Betriebsergebnisses gegenüber dem ersten Halbjahr 1977 um 20,6 Prozent bei der Deutschen Bank, um 20,9 Prozent bei der Dresdner Bank und um 14,5 Prozent bei der Commerzbank.

## 2.2 Konzentration

Die Berichte des Bundeskartellamtes und der Monopolkommission haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf einen Vorgang gelenkt, der, obwohl ein wichtiges Merkmal der Krise und der Depression, in der konjunkturpolitischen Diskussion nur sporadisch erwähnt wird. Der Konzentrationsprozeß, der durch die Wirtschaftslage der letzten Jahre wesentlich beschleunigt wurde, besteht nicht nur aus den spektakulären „Riesenhochzeiten“ (von denen in den letzten Monaten wiederum einige Fälle Aufsehen erregten), sondern auch aus dem massenhaften Aufkauf kleinerer und mittlerer Unternehmen durch Großkonzerne, der durch die existierende Wettbewerbsgesetzgebung überhaupt nicht erfaßt wird.

### Unternehmenszusammenschlüsse<sup>1</sup>

1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 <sup>2</sup>
43	65	65	168	305	220	269	242	318	448	453	554	213

<sup>1</sup> Meldepflichtige Zusammenschlüsse

<sup>2</sup> Januar – Mai  
(Quelle: Bericht des Bundeskartellamtes 1977, S. 105)

Von den gemeldeten Fusionen entfielen 1977 230 Fälle auf Aufkäufe von Firmen mit einem Umsatz bis zu 50 Millionen jährlich. Große Konzerne kaufen reihenweise kleinere Firmen in vor- oder nachgelagerten Bereichen auf. Allein die RWE kauften seit 1971 40 Brennstoffhandlungen auf.

Einen zusammenfassenden Überblick über den Konzentrationsprozeß zwischen 1973 und 1976 gibt das jüngst veröffentlichte Gutachten der Monopolkommission. Demnach waren die 100 größten Konzerne 1976 allein im Inland an 4800 Gesellschaften beteiligt. Fast die Hälfte aller zwischen 1974 und 1976 gemeldeten Fusionsfälle, nämlich 436, entfielen auf die „100 Größten“.

Eine führende Rolle im Konzentrationsprozeß spielen die Banken, die in vielen der großen Gesellschaften über maßgeblichen Einfluß verfügen.

Nach den Ergebnissen der Monopolkommission waren nur bei 44 von den „100 Größten“ die von Banken vertretenen Kapitalanteile nicht größer als 5 Prozent. Bei 30 Gesellschaften lagen die Anteile über 50 Prozent, bei 11 weiteren zwischen 25 und 50 Prozent. Grundlage

der Vertretungsmacht war erst in zweiter Linie der Eigenbesitz von Beteiligungen. Vor allem das Depotstimmrecht sichert den Einfluß der Banken. Vorherrschend sind die Großbanken, die allein etwa 10 Prozent aller Aufsichtsratsmandate in den „100 Größten“ auf sich vereinigten. Allein die Deutsche Bank sitzt mit mindestens einem Vertreter in 48 Aufsichtsräten von Großunternehmen.

Auch in den letzten Monaten wurden wieder einige spektakuläre Fusionsfälle bekannt, die die wirtschaftliche Landschaft verändern dürften. So halten sich hartnäckige Gerüchte, die von einem bevorstehenden Einkauf von VW in den größten westdeutschen Maschinenbaukonzern, die Gutehoffnungshütte (GHH) sprechen. VW verfügt über anlagefähige freie Mittel in Höhe von 3 Mrd. DM und trägt sich mit „Diversifikationsplänen“.

Aufsehen erregte der Verkauf von verschiedenen Beteiligungen im Energiebereich durch die Veba an den britischen Ölmulti BP, wobei besonders die Beteiligung an der Ruhrgas AG ins Gewicht fällt.

Dieser Vorgang ist um so auffälliger, als der Zusammenschluß der Veba mit der Gelsenberg AG, finanziert durch umfangreiche öffentliche Subventionen, mit der Behauptung durchgesetzt wurde, es solle ein „nationaler Energiekonzern“ errichtet werden. Der „größte deutsche Mineralölkonzern“ ist nun die „British Petroleum“ – das Konzept des „nationalen Energiekonzerns“ wurde beerdigt.

Schließlich wurde Anfang August die Austauschaktion „Chrysler-Citroen-Peugeot“ bekannt, die den französischen Peugeot-Citroen-Konzern zum größten westeuropäischen Automobilkonzern macht und damit VW verdrängt. Chrysler, der drittgrößte (amerikanische) Automobilkonzern der Welt, verkaufte seine Werke in Westeuropa an die Konzerngruppe Peugeot-Citroen gegen eine 15prozentige Beteiligung an dieser Unternehmensgruppe und eine Bargeldsumme von 230 Millionen Dollar. Damit zieht sich Chrysler allerdings keineswegs aus Europa zurück, wie verschiedentlich behauptet wurde: die Beteiligung untermauert eine langfristig angelegte Zusammenarbeit beider Konzerngruppen, die sowohl auf dem amerikanischen als auch auf dem europäischen Markt Folgen haben dürfte.

Neben den Fusionen ist in vielen Branchen die Tendenz zu Kartellen unübersehbar.

In der Chemieindustrie, in der Chemiefaserindustrie, in der Stahlindustrie, in der Mineralölindustrie, in der Papierindustrie und in der Zementindustrie werden Wettbewerbsbeschränkungen gefordert oder praktiziert. Dabei dienen solche „Krisenkartelle“ oft nur der Absicherung von Produktionsverlagerungen. Die Chemiefaserindustrie möchte z. B. durch ein westeuropäisches Kartell dort den Abbau von Kapazitäten um 15 Prozent absichern, während gleichzeitig in anderen Teilen der Welt neue Werke errichtet werden.

Die Konzentrationsprozesse sind mit einem Prozeß der Vernichtung kleiner und mittlerer Unternehmen verbunden, wobei sich der Druck auf diese in Perioden von Krise und Depression verstärkt. Es kann daher nicht verwundern, daß die Zahl der Selbständigen in der Tendenz immer weiter zurückgeht. Eine Untersuchung des „Iw“ der Unternehmern ergab, daß die Zahl der Selbständigen in den kapitalistischen Industrieländern, die 1950 noch bei 70 Millionen lag, bis 1975 auf etwa 47 Millionen zurückgegangen ist, was bürgerliche Zeitungen zu Kommentaren mit der Überschrift „Hat Marx am Ende doch recht?“ (Frankfurter Allgemeine v. 8. 8. 78) veranlaßte.

In der Bundesrepublik ist die entsprechende Zahl zwischen 1950 und 1975 von über 6 Millionen auf knapp 4 Millionen gesunken.

Nachdem die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche im Jahre 1977 mit etwa 9600 einen Höhepunkt erreicht hatte, ist sie seither leicht rückläufig. In den ersten 5 Monaten von 1978 wurden 3856 Fälle neu registriert, 6,5 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Allerdings ist auch für 1978 mit etwa 9000 Zusammenbrüchen zu rechnen, weit mehr als vor Ausbruch der Krise.

## 3. Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Löhne und Gehälter

Im ersten Halbjahr 1978 wurden für 12,8 Millionen Arbeiter und Angestellte Lohnerhöhungen um durchschnittlich 5 Prozent vereinbart. Im ersten Halbjahr 1977 lagen die Abschlüsse noch bei 6,4 Prozent. Die Entwicklung der Bruttolöhne hat sich also deutlich verlangsamt. Außerdem kehrte sich auch die Lohndrift um, d. h. seit Mitte 1977 steigen die Effektivlohnsteuern langsamer als die Tariflohnsteuern. Die Hauptursache dafür ist die rückläufige Zahl der Arbeitsstunden je Beschäftigten.

#### Lohndrift<sup>1</sup>

	1977				1978
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Effektivlöhne <sup>2</sup>	7,8	6,9	5,4	6,1	4,1
Tariflöhne	6,9	6,8	7,2	7,1	5,3
Lohndrift	+ 0,9	+ 0,1	- 1,8	- 1,0	- 1,2
Effektivgehälter	7,8	7,7	7,0	7,4	5,7
Tarifgehälter	6,5	6,6	6,5	6,6	5,3
Lohndrift	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,4

<sup>1</sup> Die Lohndrift ist die Differenz in den prozentualen Veränderungsraten von Tarif- und Effektivlohnsteuern.  
<sup>2</sup> Wochenlöhne  
(Quelle: DiW-Wochenbericht, 29/78, S. 284)

Trotz dieser die Lohnentwicklung negativ beeinflussenden Faktoren hat sich die Entwicklung der Nettolöhne gegenüber dem Vorjahr wenig verändert. Die positiven Effekte der Steuerentlastungen haben die negativen Effekte der niedrigeren Bruttolohnerhöhungen in etwa aufgefangen.

#### Löhne und Gehälter<sup>1</sup>

	Brutto		Netto	
	Mrd. DM	In Prozent <sup>2</sup>	Mrd. DM	In Prozent
1973	434,5	+ 12,7	322,2	+ 9,0
1974	477,2	+ 9,8	349,3	+ 8,4
1975	493,4	+ 3,4	361,7	+ 3,5
1976	524,3	+ 6,3	374,7	+ 3,6
1977	560,7	+ 6,9	397,0	+ 6,0
1. Vj.	128,7	+ 7,6	94,2	+ 6,1
2. Vj.	139,8	+ 7,5	99,6	+ 6,0
3. Vj.	140,1	+ 6,7	98,9	+ 5,7
4. Vj.	152,2	+ 6,1	104,3	+ 6,0
1978				
1. Vj.	135,4	+ 5,2	100,0	+ 6,1

<sup>1</sup> Summe der Löhne und Gehälter  
<sup>2</sup> In Prozent gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/78, S. 69)

Da sich die Preisentwicklung im ersten Halbjahr 1978 etwas beruhigt hat, dürfte sich die Reallohnentwicklung in diesem Zusammenhang sogar beschleunigt haben. Wie weiter unten gezeigt wird, hängt das vor allem mit der aufwertungsbedingten Senkung der Importpreise zusammen, durch die die Auswirkungen der erhöhten Mehrwertsteuer zunächst überdeckt wurden. Im weiteren Verlauf des Jahres werden diese Sonderfaktoren jedoch an Gewicht verlieren, so daß sich die Verbesserung der Reallohnentwicklung nicht fortsetzen wird.

### 3.2 Einkommen sozialer Gruppen

In der herkömmlichen Verteilungsrechnung wird zwischen „funktionaler“ und „personeller“ Einkommensverteilung unterschieden. Die „funktionelle“ Einkommensverteilung gibt die Relation zwischen Löhnen und Gewinnen an – wobei die Qualität der Statistik solche Rechnungen sehr erschwert. (Vgl. „Informationen...“ Nr. 2/1978)

Nun wird eingewandt, daß die Entwicklung der Löhne allein keinen Aufschluß über die Einkommenssituation der Haushalte von Arbeitern gibt, da diese neben den Nettolöhnen auch Sozialleistungen und Besitzlohnsteuern (Sparzinsen) erhalten. Daher wird eine Verteilungsrechnung für notwendig erachtet, die alle den verschiedenen Haushalten zufließenden Einkommensarten zusammenfaßt. Dies tut die Ver-

teilungsrechnung des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW), die die Entwicklung von Haushaltseinkommen untersucht und dabei die Haushalte von Selbständigen, Angestellten, Arbeitern und Rentnern unterscheidet.

Ausgangspunkt ist das „verfügbare Einkommen“, das von den Nettoeinkommen ausgeht und davon verschiedene Posten wie die KFZ-Steuer, die Überweisungen ausländischer Arbeiter ins Ausland und die Zinsen auf Konsumentenkredite abzieht. Besonders problematisch ist dabei die Behandlung der Gewinne. Es werden nämlich nur die entnommenen Gewinne berücksichtigt, so daß die Ausschüttungspraxis der Unternehmen die Einkommensentwicklung und -verteilung in dieser Rechnung beeinflußt. Trotz dieser Einschränkungen gibt sie einen gewissen Eindruck von den Einkommensunterschieden.

Aufschlußreich ist schon die Entwicklung der einzelnen Einkommensarten nach Abrechnung verschiedener Posten entsprechend dem Konzept des „verfügbaren Einkommens“.

#### Einkommensarten

	1970		1975		1976		1977		1977
	Mrd. DM	In % <sup>1</sup>	Mrd. DM	In %	Mrd. DM	In %	Mrd. DM	In %	in % gegen über '70
Nettolöhne	114,9	—	149,3	—	155,1	+ 3,9	163,2	+ 5,2	+ 42,0
Netto- gehälter	114,6	—	186,5	—	193,9	+ 4,0	206,1	+ 6,3	+ 79,8
Entnommen- Gewinne	83,1	—	124,3	—	139,5	+ 12,2	145,2	+ 4,1	+ 74,7
Vermögens- einkommen	24,9	—	42,6	—	46,0	+ 8,0	47,9	+ 4,1	+ 92,4
Sozialein- kommen <sup>2</sup>	89,5	—	179,7	—	192,2	+ 7,0	206,1	+ 7,2	+ 130,3
Verfügbare Einkommen	427,0	—	682,4	—	726,7	+ 6,5	769,0	+ 5,8	+ 80,1

<sup>1</sup> In Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die vorliegenden Berechnungen für die übrigen Jahre sind methodisch nicht voll vergleichbar, so daß prozentuale Veränderungen nicht berechnet werden können.  
<sup>2</sup> Renten, Arbeitslosenunterstützungen usw.  
(Quelle: DiW-Wochenbericht, 32-33/78, S. 310)

Im Zeitraum zwischen 1970 und 1977 sind die Sozialeinkommen am stärksten gestiegen, was zum Teil mit der gewachsenen Zahl von Rentnern, aber auch mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängt. Außerdem wirkten sich Anfang der siebziger Jahre einige soziale Verbesserungen aus.

Das Schlußlicht bilden die Löhne und Gehälter, die zusammen um 60,9 Prozent angestiegen sind. Sowohl die entnommenen Gewinne als auch die Vermögenseinkommen haben stärker expandiert.

Es wäre nun zu untersuchen, ob die „Querverteilung“ an diesen Relationen etwas geändert hat, d. h. ob z. B. auch den Lohnempfängern verstärkt Vermögenseinkommen zugeflossen sind. Tatsächlich sind die Gewinn- und Vermögenseinkommen für die Einkommenssituation der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte nach wie vor ohne große Bedeutung. Trotz Sparförderung und „Vermögensbildung“ stammten im Jahre 1977 nur 5,6 Prozent der „verfügbaren Einkommen“ der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte aus Gewinnen oder Vermögen. 1970 waren es 5 Prozent gewesen.

Die Einkommenslage der Arbeiter und Angestellten wird ganz überwiegend durch die Löhne und Gehälter (zu 84 Prozent) bzw. durch staatliche Transferzahlungen (Kindergeld, Arbeitslosenunterstützungen) (10,5 Prozent) bestimmt.

#### Haushaltsdurchschnittseinkommen<sup>1</sup>

	1970		1975		1976		1977		1977 i. % geg. 1970
	DM	% <sup>2</sup>	DM	%	DM	%	DM	%	
Selbst- ständigen- haushalte	3457	—	5657	—	6415	+ 13,4	6828	+ 6,4	+ 97,5
Angest.- haushalte	1692	—	2627	—	2730	+ 3,9	2877	+ 5,4	+ 70,0
Arbeiter- haushalte	1454	—	2255	—	2361	+ 4,7	2501	+ 5,9	+ 72,0
Rentner- haushalte	920	—	1426	—	1535	+ 7,6	1642	+ 7,0	+ 78,5

<sup>1</sup> Monatseinkommen  
<sup>2</sup> In Prozent gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: DiW-Wochenbericht, 32-33/78, S. 318)

Die Tatsache, daß die Besitzeinkommen schneller gestiegen sind als die Arbeitseinkommen (Fachausdruck „funktionelle Einkommensverteilung“) bestimmt daher auch die Entwicklung der Haushaltseinkommen, d. h. die „personelle Einkommensverteilung“.

Die Selbständigenhaushalte haben ihre Einkommensposition also stärker als alle anderen Haushaltsgruppen verbessert. Die Einkommensdifferenzen sind absolut und relativ weiter gewachsen. Das gilt auch für die letzten Jahre der Krise.

Angemerkt werden muß, daß die dargestellten Durchschnittseinkommen das Bild insofern verzerren, als vor allem bei den Selbständigen und den Rentnern die Einkommensunterschiede beträchtlich sind.

So bezogen 198 000 Selbständigenhaushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 10 000 DM ein Durchschnittseinkommen von 20163 DM. Diese Spitzenverdiener, ein knappes Zehntel der Selbständigen, bezogen fast drei Zehntel der Selbständigeneinkommen. Dagegen vereinigte das untere Viertel der Selbständigenhaushalte mit einem Einkommen unter monatlich 4000 DM nur 11 Prozent der Selbständigeneinkommen auf sich. Die Kategorie „Selbständige“ umfaßt also ganz unterschiedliche Gruppen. Breitet sich auch die Einkommensstreuung bei den Rentnern. Am unteren Ende müssen 14 Prozent der Rentnerhaushalte mit einem Durchschnittseinkommen von 601 DM monatlich auskommen. Dagegen gibt es eine kleine Gruppe von Rentnerhaushalten – 4,2 Prozent der Gesamtzahl –, die mehr als 4000 DM monatlich beziehen und etwa 14 Prozent der Rentnereinkommen erhalten.

Nicht ganz so breit ist die Streuung bei den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten, obwohl bei den Angestellten die Bandbreite immer noch beträchtlich ist. Die Durchschnitte werden durch die kleine Gruppe der Spitzenverdiener stark in die Höhe gedrückt. Immerhin liegen etwa zwei Drittel aller Angestelltenhaushalte mit ihrem Einkommen unter dem rechnerischen Gesamtdurchschnitt der Gruppe, bei den Arbeitern sind es etwa 60 Prozent.

### 3.3 Steuern

Die Steuern standen und stehen im Mittelpunkt der offiziellen wirtschaftspolitischen Diskussion und Maßnahmen. Dabei kann der Eindruck entstehen, als gehe es zumindest teilweise um eine soziale Korrektur des Steuersystems zugunsten der Lohnempfänger. Dieser Eindruck täuscht!

Zwar zielen die diskutierten und teilweise realisierten Maßnahmen tatsächlich auf eine Minderung der Lohnsteuerprogression, durch die der eigentliche Zweck der progressiven Einkommensbesteuerung in sein Gegenteil verkehrt wird.

Inzwischen unterliegt nämlich schon die Hälfte der Lohn- und Gehaltsempfänger der Steuerprogression, während die eigentlichen Spitzen-einkommen über 130 000 DM im Jahr sich schon jenseits der Progressionszone befinden und nur noch proportional besteuert werden.

In der Bundesrepublik sind zwar – wie die Tabelle zeigt – die schon von **Steueraufkommen der Bundesrepublik**

	1960		1970		1977	
	Mrd. DM	In % <sup>1</sup>	Mrd. DM	In %	Mrd. DM	In %
Gesamtaufkommen	68,4	100	154,1	100	299,6	100
direkte Steuern	38,9	56,8	86,3	57,3	193,5	64,6
darunter Lohnsteuer	8,1	11,8	35,1	22,8	90,8	30,3
indirekte Steuern	29,5	43,2	65,8	42,7	106,1	35,4
darunter: Umsatzsteuer	16,1	23,5	38,2	24,8	62,6	20,9

<sup>1</sup> Anteile in Prozent  
(Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“, Ifd., „Süddeutsche Zeitung“ vom 24./25. 6. 78)

Marx als die unsozialste Form der Besteuerung bezeichneten indirekten Steuern anteilmäßig bis 1977 zurückgegangen, aber nur auf Kosten eines rapiden Anstiegs der Lohnsteuern.

Der Anteil der übrigen direkten Steuern, die vorwiegend die Gewinne und die Spitzeneinkommen belasten, ist dagegen gesunken.

Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung hat einen Grad erreicht, der als kaum noch tragbar angesehen wird.

#### Durchschnittliche Lohnsteuerbelastung<sup>1</sup>

1950	1961	1970	1977	1982 <sup>2</sup>
4,3	7,0	11,2	16,3	19,0

<sup>1</sup> Anteil der Lohnsteuer an der Bruttolohn- und Gehaltssumme in Prozent  
<sup>2</sup> Ohne Änderung des Systems  
(Quelle: „Ifd-Schnelldienst“, 4/1978, S. 9 und 12)

Das schafft nicht nur soziale und politische Unruhe, sondern vergrößert auch den „Steuerwiderstand“ der Betroffenen. Während die Selbständigen umfangreiche Mittel zur Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung besitzen, können die Arbeiter und Angestellten sich – abgesehen von politischem Druck – nur durch höhere Tarifabschlüsse gegen die wachsende Steuerlast wehren.

Je kräftiger die Steuerprogression zupackt, desto höher werden die Lohnforderungen sein, die zur Erhaltung eines bestimmten sozialen Standards von den Gewerkschaften durchgesetzt werden müssen. Dadurch geraten die Unternehmergewinne relativ unter immer stärkeren Druck. Das Konzept der Umverteilung zugunsten der Gewinne, das seit der Krise mit Vehemenz verfolgt wird, wäre unter diesen Bedingungen nur um den Preis langer und harter Lohnauseinandersetzungen durchsetzbar, die zu einer Veränderung des sozialen und politischen Klimas führen würden, die weder von den Unternehmern noch von den „staatstragenden“ Parteien gewünscht werden kann.

Die zunehmende Lohnsteuerprogression ist also inzwischen, unter den Bedingungen der anhaltenden Depression, zu einem gewissen Hindernis für die Umverteilungsstrategie der Unternehmer geworden.

Bei den Diskussionen und den in der Vergangenheit bereits vorgenommenen Veränderungen geht es zunächst um einen Systemumbau, der den „Steuerwiderstand“ der Arbeiter und Angestellten umgeht. Daher laufen alle Maßnahmen und Pläne auf eine Gewichtsverlagerung der Steuerfinanzierung hin zu den indirekten Belastungen wie der Mehrwertsteuer hinaus, die nicht unmittelbar auf dem Lohnstreifen sichtbar werden. Dabei kümmert es die Autoren der „Modelle“ nicht, daß die indirekten, am Konsum ansetzenden Steuern vor allem die schwächsten Einkommensgruppen treffen, die von den direkten Steuern nicht erfaßt werden, also die unteren Einkommensgruppen der Arbeiter und Angestellten, die Rentner, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger. Damit verfolgen die Steuerpläne konsequent das Konzept der Einschränkung sozialer Leistungen.

Tatsächlich wirken die Verbrauchsteuern leicht regressiv, d. h. bei steigendem Einkommen sinkt die prozentuale Belastung.

Eine Studie, die die Mehrwertsteuer untersucht, zeigt: bei einem Einkommen unter 600 DM beträgt die Belastung 6,9 Prozent, bei Einkommen zwischen 5000 und 15000 DM aber nur 4,0 Prozent (Frankfurter Allgemeine v. 1. 9. 1978).

Außerdem können die Unternehmer unter dem Deckmantel einer Minderung der Steuerprogression den angestrebten Abbau der Gewinnsteuern ohne großes Aufsehen durchsetzen. Betrachtet man die Steuerprogramme der letzten Monate, so finden sich neben den Maßnahmen, die einen Ersatz von Lohnsteuern durch Verbrauchsteuern beinhalten, immer auch Maßnahmen, die die Spitzeneinkommen entlasten und die Gewinnsteuern senken.

Als Beispiel soll das nach dem „Weltwirtschaftsgipfel“ in Bonn von der Bundesregierung angekündigte Maßnahmenbündel angeführt werden, das unter dem irreführenden Titel „Konjunkturprogramm“ in den Massenmedien behandelt wurde. Denn kaum eine der Maßnahmen ist geeignet, die aktuelle konjunkturelle Situation direkt zu beeinflussen.

Es enthält im wesentlichen drei Komponenten:

1. Steuerentlastungen bei den Lohn- und Einkommensteuern steht die Erhöhung der Mehrwertsteuer gegenüber.
2. Erleichterungen bei der Gewerbesteuer und Erhöhung der Investitionszuschüsse für die Unternehmen.
3. Sozialpolitische Maßnahmen wie die Erhöhung des Kindergelds und die Ausdehnung des Mutterschaftsurlaubs.

Wie sehr die sozialpolitischen Maßnahmen auch zu begrüßen sind, so

können sie doch den unternehmerfreundlichen Charakter des Gesamtprogramms nicht verdecken. Zudem ist die Erhöhung des Kindergelds ohnehin kaum mehr als eine Anpassung der Leistungen an die Geldentwertung.

Konjunkturpolitisch ist das Programm eher negativ zu bewerten. Die die Massenkaufkraft stützenden Maßnahmen werden zu einem großen Teil durch die Mehrwertsteuerrhöhung wieder zunichte gemacht. Außerdem entlasten die Veränderungen bei der Einkommensteuer die oberen Einkommensschichten – deren Konsumneigung wesentlich niedriger ist – absolut und prozentual weitaus stärker als die kleinen Verdienste, während der Belastungseffekt der Mehrwertsteuerrhöhung vor allem die kleinen und mittleren Einkommen mit hohem Konsumanteil trifft.

#### Auswirkungen der Lohn- und Einkommensteuerentlastung 1979

Bruttoeinkommen	Steuerentlastung	
	in DM	in Prozent <sup>1</sup>
13 000	170	1,3
24 000	170	0,7
50 000	746	1,5
120 000	1802	1,5

<sup>1</sup> In Prozent des Bruttoeinkommens  
(Quelle: Berechnungen der Bundesregierung, lt. Handelsblatt vom 31. 7. 78)

Eine nennenswerte Belebung des Massenkonsums ist von den Steuermaßnahmen daher nicht zu erwarten.

Schließlich sollen die Entlastungen bei der Lohnsteuer – wie im laufenden Jahr – durch niedrigere Tarifabschlüsse honoriert werden. Ob diese Rechnung aufgeht hängt allerdings entscheidend von den Arbeitern und Angestellten und den Gewerkschaften ab.

Dagegen haben die Steuerentlastungen bei den Unternehmen erfahrungsgemäß keine positiven Auswirkungen auf die Konjunktur, sie vergrößern nur die Mittel für Kapitalexperte und Devisenspekulationen.

Auf der Finanzierungsseite aber verstärken sie den Zwang zur „Konsolidierung“ der Staatshaushalte, d. h. zur Fortsetzung des Kurses der „Sparpolitik“. Vor allem die Gemeinden, denen die Maßnahmen Belastungen in Höhe von 4,7 Mrd. DM (nur 1980) bringen werden, haben auf das Programm entsetzt reagiert. Hinzu kommt, daß die Abschaffung der Lohnsummensteuer weitere Steuersenkungen nach sich zieht. Diese Form der Gewerbesteuer existiert nämlich nur in einigen Bundesländern. Dort, wo sie nicht angewandt wird, sind die von den Gemeinden festzusetzenden Hebesätze bei den anderen Formen der Gewerbesteuer höher. Die Abschaffung der Lohnsummensteuer, wie sie das Programm vorsieht, würde also zu einer ungleichen Besteuerung der Unternehmen je nach Bundesland führen. Schon jetzt mehrten sich die Stimmen, die auch in den nicht betroffenen Bundesländern eine Senkung der Gewerbesteuern fordern – um wieder „gerechte“ Verhältnisse herzustellen. Die CDU will den Steuerplänen der Bundesregierung im Bundesrat nur zustimmen, wenn weitere Erleichterungen bei der Gewerbesteuer durchgeführt werden.

Es besteht so die Gefahr, daß die Gemeinden auf die weitere Einnahme ihres Finanzierungsspielraums mit der Kürzung von Ausgabenprogrammen reagieren. Das würde vor allem die sozial orientierten öffentlichen Investitionen berühren, die schwerpunktmäßig von den Gemeinden vorgenommen werden. Die konjunkturell belebenden Momente in der Bauwirtschaft würden so wieder abgewürgt werden. Auch das bürgerliche DIW in Westberlin äußert diese Bedenken: „Vor allem bei den öffentlichen Investitionen muß nun im kommenden Jahr ein Rückgang befürchtet werden, der die von den Steuersenkungen ausgehenden anregenden Wirkungen weitgehend aufzehren könnte.“ (DIW-Wochenbericht, 32-33/78, S. 320)

### 3.4 Preise

In den letzten Monaten scheint die Tendenz zur Preisberuhigung, die – mit Unterbrechungen – seit etwa Mitte 1975 angehalten hatte und die Preissteigerungsrate bei der Lebenshaltung immerhin von 7 Prozent im Jahre 1974 bis auf 2,4 Prozent im Juni dieses Jahres verringerte, zum Stehen gekommen zu sein.

Dafür spricht, daß einige Faktoren, die die inländische Preisentwicklung bisher günstig beeinflussen, an Bedeutung verloren haben. Dazu gehört die Verzerrung der Lebensmittelpreise nach der Dürre im Jahre 1976, durch die der Preisanstieg in den folgenden Jahren zunächst unterzeichnet wurde. Außerdem scheint sich die Tendenz zu Preissenkungen bei Rohstoffen, die in der Vergangenheit entlastend gewirkt hat, nicht weiter fortsetzen. Allerdings wirkt die erneute Senkung des Dollarkurses im August dem entgegen: die meist in Dollar berechneten Rohstoffpreise werden für die westdeutschen Importeure bei Dollarabwertungen billiger.

#### Lebenshaltungsindex<sup>1</sup>

	Veränderung in Prozent gegenüber dem	
	Vormonat	Vorjahr
Januar	+ 0,6	+ 3,2
Februar	+ 0,5	+ 3,1
März	+ 0,3	+ 3,1
April	+ 0,3	+ 2,9
Mai	+ 0,3	+ 2,7
Juni	+ 0,2	+ 2,4
Juli	0,0	+ 2,6

<sup>1</sup> Alle Haushalte  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

So setzt sich die Abschwächung der Preiserhöhungen für Industriewaren schon seit einigen Monaten nicht mehr fort, die Importpreise sinken nicht weiter. Allerdings sind die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise weiterhin rückläufig, die EG-Beschlüsse haben sich noch nicht ausgewirkt. Kräftige Erhöhungen verzeichnen jedoch die Baupreise, die im ersten Halbjahr um 7 bis 8 Prozent gestiegen sind. Auch die Zinsen stabilisieren sich, so daß – wenn auch mit einiger Zeitverzögerung – neue Mietsteigerungen zu erwarten sind. Außerdem sind kräftige Erhöhungen der Mietnebenkosten zu erwarten, verursacht durch Gebührenanhebungen.

#### Ausgewählte Preisindices<sup>1</sup>

	Industrie- preise	Landwirtschaftl. Erzeugerpreise	Einzelhandels- preise	Import- preise
1977	+ 2,6	– 4,4	+ 3,8	+ 1,5
1978				
Januar	+ 1,3	– 3,8	+ 2,8	– 4,5
Februar	+ 1,0	– 4,2	+ 2,8	– 6,4
März	+ 1,0	– 4,5	+ 2,7	– 7,6
April	+ 0,8	– 5,6	+ 2,5	– 7,6
Mai	+ 1,0	– 4,9	+ 2,4	– 6,4
Juni	+ 1,1	– 6,3	+ 2,1	– 5,5
Juli	+ 1,2			

<sup>1</sup> Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.; Pressemeldungen)

Aus diesen Gründen ist für die nächste Zeit eher wieder mit einer gewissen Belebung der Inflation zu rechnen, wobei sich das noch nicht in der Entwicklung der nächsten Monate niederschlagen muß. Das Ifo-Institut, das für das ganze Jahr 1978 mit einer Inflationsrate von 3 Prozent rechnet, kalkuliert für 1979 wieder eine auf 3,5 Prozent leicht beschleunigte Rate ein.

### 3.5 Streikentwicklung seit 1970

Die Arbeitskämpfe im Winter und Frühjahr in den Seehäfen und in der Druck- und Metallindustrie, die über 200 000 Beschäftigte erfassende Warnstreikwelle in der Bauindustrie lassen schon jetzt das Jahr 1978 zu einem Einschnitt in der bundesdeutschen Streikgeschichte werden. Nach einer Zeit des krisenbedingten relativen Rückgangs der Kampfaktionen markieren die jüngsten Streiks offenbar eine neue Etappe sozialpolitischer Auseinandersetzungen. Dies bietet die Gelegenheit, die Arbeitskämpfe des Jahres 1978 im Zusammenhang der Streikentwicklung der siebziger Jahre und in ihrer Widerspiegelung in der offiziellen Statistik darzustellen. (Vgl. hierzu: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, Frankfurt 1978, erscheint im Oktober.)

Die Entwicklung der Streikaktivität über einen längeren Zeitraum demonstriert die folgende Tabelle:

#### Streiks und Aussperrungen 1965 bis 1978

Jahr	Beteiligte (in 1000)	Betriebe	Ausfalltage (in 1000)
1965	6	20	49
1966	196	205	27
1967	60	742	390
1968	25	36	25
1969	90	86	249
1970	184	129	93
1971	536	1181	4484
1972	23	54	66
1973	185	732	563
1974	250	890	1051
1975	36	201	69
1976	169	1481	534
1977	34	81	24
1978, 1. Vj.	395	925	2974

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.3, Streiks und Aussperrungen, lfd.)

Nach der Krise 1966/67 bildeten die Septemberstreiks 1969 einen Einschnitt in der jüngeren Streik- und Gewerkschaftsgeschichte. Die Periode 1969 bis 1974 war geprägt durch einen starken Anstieg an Streiks, eine Aktivierung der Tarifpolitik und erfolgreiche betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe. In dieser Zeit entwickelten Teile der Arbeiterklasse ein neues kämpferisches gewerkschaftliches Selbstbewußtsein.

Obwohl schon 1973/74 der Konjunkturabschwung deutlich eingesetzt hatte und die Arbeitslosenzahlen stiegen, konnten zu Beginn des Jahres 1974 noch erfolgreiche Lohnkämpfe im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie geführt werden. 98 Prozent aller Streikteilnehmer im Jahre 1974 entfallen auf diese beiden Tarifkämpfe im ersten Quartal. 1975 erfolgte dann ein starker Rückgang der Streikaktivität, die sich auf kleinere betriebliche Abwehrkämpfe beschränkte.

1976 bildete mit einer siebenfachen Anzahl an Streiktagen gegenüber dem Vorjahr einen ersten Höhepunkt während der Krisenjahre. Allerdings entfallen über 90 Prozent der Ausfalltage auf den Streik und die Aussperrung in der Druckindustrie. 1977 ist ein erneuter starker Rückgang der statistisch registrierten Streiktätigkeit zu verzeichnen.

Den Höhepunkt der Streikbewegung der letzten Jahre bilden zweifellos die Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie im Frühjahr 1978.

Ausmaß und Qualität der Abwehrkämpfe gegen die Krisenauswirkungen lassen sich anhand dieser offiziellen Daten jedoch nicht hinreichend vergleichen. Die offizielle, vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Streikstatistik vermittelt nur ein unvollständiges Bild der wirklichen Kampfkraft in der Bundesrepublik.

Es werden nur Streiks erfaßt, an denen mindestens zehn Beschäftigte mindestens einen Tag teilgenommen haben, oder die zum Ausfall von mindestens 100 Arbeitstagen geführt haben. Zudem hängt die Registrierung von der Meldung durch die Unternehmer ab. Betriebliche oder außerbetriebliche Demonstrationen oder andere Aktionen von Belegschaften werden gar nicht einbezogen. Eine Registrierung aller Arbeitskämpfe und regelmäßige Veröffentlichung durch andere Institutionen, etwa die Gewerkschaften, gibt es bis heute nicht. Das Institut für Marxistische Studien und Forschungen versucht daher seit Jahren, sämtliche, vornehmlich aus der Tages- und Gewerkschaftspresse zugänglichen Informationen über Arbeitskämpfe systematisch in seinem „Archiv der sozialen Bewegungen“ zu sammeln.

#### Offizielle Zahlen und tatsächliche Mindestzahlen der Streikenden 1975–1977

	offizielle Zahlen (in 1000)	Mindestzahlen (in 1000)
1975	36	55
1976	169	589
1977	34	226

(Quelle: IMSF, Archiv der sozialen Bewegungen)

Die korrigierten Angaben für 1976 ergeben sich aus der Berücksichtigung der Warnstreikbewegung in der Metallindustrie im Februar und März, an der nach Angaben der IG Metall in Baden-Württemberg, Bay-

ern und Hessen etwa 400 000 Beschäftigte teilnahmen. 1977 fanden eine Vielzahl von Warnstreiks während der Tarifbewegungen in der Bau-, Chemie- und Textilindustrie, im Brauereigewerbe und Heizungshandwerk Baden-Württembergs statt. Außerdem wurden von der offiziellen Statistik zahlreiche Arbeitskämpfe gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung nicht berücksichtigt. Der Grad der Mobilisierung und Kampfkraft der Arbeiterklasse war 1977 bedeutend höher als im Krisenjahr 1975 – ein Tatbestand, den die offizielle Statistik verschweigt.

Schwerpunkte der Streikaktivitäten während der Krisenjahre 1975 bis 1977 liegen in der Metall- und der Druckindustrie, wobei der weitaus größte Teil der Ausfalltage auf die Druckindustrie entfällt. In weitem Abstand folgen danach die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Holzverarbeitende Industrie und der Industriebereich Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden.

#### Streikaktivität nach Branchen 1975 bis 1977

Branche	Betriebe	Beteiligte	Ausfalltage
insgesamt	1763 (100%)	239 563 (100%)	626 057 (100%)
Metallindustrie	98 ( 5,5%)	106 408 (44,4%)	34 257 ( 5,5%)
Druckindustrie, Verlags- und Pressewesen	902 (51,1%)	67 512 (28,2%)	403 131 (64,4%)
Textil- und Bekleidungsindustrie	30 ( 1,7%)	4213 (1,75%)	7560 ( 1,2%)
Holzverarbeitung	74 ( 4,2%)	917 ( 0,4%)	5146 ( 0,8%)
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	26 ( 1,5%)	868 ( 0,4%)	17 410 ( 2,8%)

(Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen)

Im ersten Vierteljahr 1978 sind gleichermaßen in erster Linie die Metall- und Druckindustrie von Streiks und Aussperrungen betroffen, danach die Seehäfen. 75 Prozent der Beteiligten und 87 Prozent der Ausfalltage dieses Zeitraums entfallen auf die Metallindustrie.

#### Streiks und Aussperrungen 1978, 1. Quartal

Branche	Betriebe	Beteiligte/Betroffene	Ausfalltage
insgesamt	925 (100%)	395 391 (100%)	2 974 128 (100%)
darunter:			
Metallindustrie	222 ( 24%)	296 756 (75,0%)	2588 767 (87,0%)
Druckindustrie	567 ( 61%)	69 699 (17,6%)	252 261 ( 8,5%)
Seehäfen*	94 ( 10%)	18 978 ( 4,8%)	76914 ( 2,6%)

\* nur Streiks  
(Quelle: ebenda; eigene Berechnungen)

Es ist bekannt, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zu den streikärmsten, allerdings im Verhältnis dazu zu den aussperrungsreichsten Ländern gehört. Nach der ersten bundesweiten Aussperrung 1976 in der Druckindustrie wurde die Aussperrung im Frühjahr 1978 zu einer bewußt angekündigten und angewandten Angriffswaffe der Kapitalverbände. Insgesamt gingen in den Auseinandersetzungen 1978 mehr Arbeitstage durch Aussperrungen als durch Streiks verloren.

#### Verhältnis von Streiks und Aussperrungen 1978, I. Quartal

Branche	Betriebe	Beteiligte/Betroffene	Ausfalltage
insgesamt:			
Streiks	336	223 819	1 526 965
Aussperrungen	616	231 005	2 028 766
darunter:			
Metallindustrie:			
Streiks	146	179 388	1 373 113
Aussperrungen	93	175 142	1 793 394
Druckindustrie:			
Streiks	61	18 831	53 705
Aussperrungen	516	52 527	202 419

(Quelle: ebenda; eigene Berechnungen)

Aufstellungen des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier über den Arbeitskampf in der Druckindustrie ergeben folgendes Bild:



## Verhältnis von Streik- und Aussperrungstagen in der Druckindustrie 1978

	Ausfalltage	Verhältnis
Streiks	55 773	18,5%
Aussperrungen	245 819	81,5%
insgesamt	301 592	100,0%

(Quelle: Angaben des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier)

Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Aussperrungsbefehl des Unternehmerverbandes, der sich auf eine unbefristete Aussperrung sämtlicher etwa 130 000 Arbeiter in der Druckindustrie gerichtet hatte, nur mangelhaft befolgt worden war. Die Relationen wären sonst noch stärker zugunsten der Aussperrungstage verschoben.

Es sollte hier in erster Linie der quantitative Aspekt der Entwicklung der Streikämpfe der siebziger Jahre dargestellt werden. Es ist sichtbar, daß nach einer ersten Phase der Lähmung die Streikaktivität ein Niveau erreicht, das weit über dem der Krise 1966/67 liegt. Dieses Niveau wird vor allem durch den höheren Grad der Organisiertheit, die mobilisierende Rolle einiger Gewerkschaften charakterisiert.

## 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigungssituation hat sich im ersten Halbjahr 1978 nach vorliegenden Zahlen kaum verändert. Eine leichte Zunahme konnte das Baugewerbe verzeichnen, während die Situation in den übrigen Bereichen durch Stagnation oder Rückgang gekennzeichnet war. Allerdings lag die Zahl der abhängig Beschäftigten im ersten Vierteljahr 1978 immer noch unter dem Vorjahresstand.

### Abhängig Beschäftigte

	In 1000	In Prozent gegenüber dem Vorjahr
1973	22 564	+ 0,6
1974	22 152	- 1,8
1975	21 386	- 3,5
1976	21 288	- 0,5
1977	21 292	0,0
1. Vj. 1978	21 140	- 0,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/78, S. 65\*)

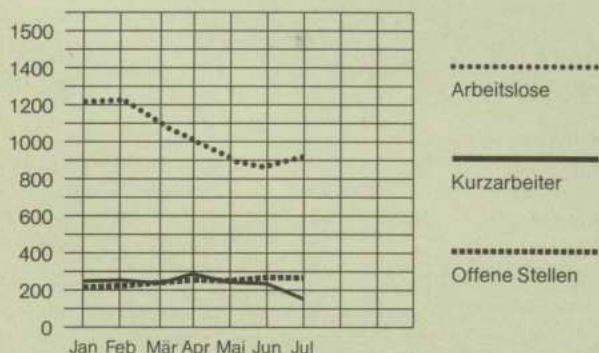
Infolgedessen ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten nicht abgebaut worden, obwohl die Bauwirtschaft zusätzlich Arbeitskräfte einstellte.

### Arbeitsmarkt 1978

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	1213	- 36	251	- 18	205	+ 3
Februar	1224	+ 11	252	- 29	224	- 1
März	1099	+ 15	226	- 32	247	+ 3
April	1000	- 39	298	+ 56	257	+ 11
Mai	913	- 33	235	- 82	255	+ 12
Juni	877	- 54	231	- 25	280	+ 18
Juli	922	- 51	155	- 55	272	+ 15

(1) In 1000  
(2) In 1000 gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/78, S. 65\*)

Arbeitsmarkt 1978 in Tausend



IMSF

Die Struktur der Arbeitslosigkeit hat sich weiter „verschlechtert“, d. h., der Ausleseprozeß am Arbeitsmarkt geht weiter: Die Unternehmer suchen sich die in ihrem Sinne „Leistungsfähigsten“ heraus und verdrängen die Verbleibenden vom Arbeitsmarkt. Daher dürfte der leichte Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr ein falsches Bild abgeben: ein Teil der so Verdrängten resigniert und verschwindet aus der Statistik. Ein gewisses Bild dieses Prozesses geben die von der Bundesanstalt für Arbeit zweimal im Jahr durchgeführten Strukturuntersuchungen.

### Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit

	Mai 1977		Mai 1978	
	In 1000	Prozent <sup>1</sup>	In 1000	Prozent
Langfristig Arbeitslose <sup>2</sup>	171	18,1	203	22,2
Arbeitslose über 55 Jahre	111	11,7	118	12,9
Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen	237	25,0	263	28,8
Schwerbehinderte	38	4,0	45	4,9
Arbeitslose ohne Berufsausbildung	513	54,3	507	55,5
Jugendliche <sup>3</sup>	80	8,5	70	7,7

1 Anteile in Prozent

2 Über 1 Jahr arbeitslos

3 Unter 20 Jahren

(Quelle: Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit, lt. Frankfurter Allgemeine vom 4. 8. 1978)

Vor allem die Statistik der Jugendarbeitslosigkeit ist praktisch unbrauchbar. Einmal muß die Festlegung der Altersgrenze auf 20 Jahre die Entwicklung systematisch unterzeichnen, da die Verlängerung der Schulzeiten die Probleme immer mehr auf höhere Altersgruppen verdrängt. Außerdem verzeichnet die Statistik Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, nicht. Eine Untersuchung des Hessischen DGB ergab, daß die Dunkelziffer bei etwa 50 Prozent der offiziellen Zahlen liegt.

Eine der ganz wenigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die positiv zu bewerten sind, bringt das erwähnte „Konjunkturprogramm“ der Bundesregierung: Es senkt das Rentenalter für Schwerbehinderte von 62 auf 60 Jahre. Dieser Schritt wird allerdings erst in zwei „Stufen“, 1979 und 1980, erfolgen. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten positiv ist auch die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs um 4 Monate. Allerdings wird hier der Lohn nur bis zu einer Grenze von 750 DM weitergezahlt – belastet wird zudem nicht der Unternehmer, sondern der Steuerzahler.

Dagegen steht ein von Arbeitsminister Ehrenberg vorgelegtes Programm für die Verbesserung der Arbeitsvermittlung in der Linie der Unternehmerstrategie: Der von den Unternehmern vorangetriebene Ausleseprozeß auf dem Arbeitsmarkt wird unterstützt. Ehrenberg hat vor, durch eine Änderung der „Zumutbarkeitsregel“ Arbeitslose auch dann zur Annahme einer Beschäftigung zu zwingen, wenn diese nicht der bisherigen Tätigkeit oder Ausbildung entspricht. So fällt es den Unternehmern leichter, sich die „leistungsfähigsten“ Kräfte aus dem Arbeitsangebot herauszupicken – auf Kosten der weniger Qualifizierten. Zusätzliche Arbeitsplätze werden durch solche Regelungen dagegen nicht geschaffen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshauss, 6000 Frankfurt am Main

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 8. 1978 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 25,- DM (zuzügl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7,- DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.